

**Interpellation SP-GRÜ-Fraktion / CVP-GLP-Fraktion:
«Massive Bedrohung der Poststellen im Kanton St.Gallen»**

Der Tagesanzeiger veröffentlichte die Poststellenkarte der Schweiz und listet drei Kategorien auf: Poststellen im Schliessungsprozess, gefährdete sowie gesicherte Poststellen¹. Es ist ein Desaster für den Kanton St.Gallen wie auch für viele andere, ländlich geprägte Kantone und grosse Städte: Nur 14 Poststellen (davon 4 in der Stadt St.Gallen) sind gesichert, 8 sind bereits im Schliessungsprozess und der gesamte Rest wird als gefährdet aufgeführt. Der Aderlass geht also im Schnellzugstempo weiter.

National hat sich im Parlament der Widerstand gegen den Abbau organisiert. Dabei geht es um die landesweite Grundversorgung mit postalischen Grundangeboten: Neben einem funktionierenden Poststellennetz sollen auch die Leistungen der durch die Post angebotenen Ersatzlösungen (Postagenturen, Hausservice etc.) verbessert werden. Es braucht aber auch kantonale Anstrengungen durch das zuständige Departement und die betroffenen Gemeinden. So kann die postalische Grundversorgung im Kanton St.Gallen gesichert und ein Kahlschlag vermieden werden.

In den Antworten auf zwei Interpellationen liess die Regierung Verständnis für die unternehmerischen Entscheide der Post durchschimmern. Dem gegenüber stand die Zusage an betroffene Gemeinden, dass sich die Regierung für die Interessen der Bevölkerung im Sinne der besten Lösung einsetzen würde.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Entspricht die Karte bezüglich dem Kanton St.Gallen den Überlegungen der Post?
2. Welche postalischen Grundleistungen (allenfalls mit Betragslimiten) müssen flächendeckend, d.h. auch bei Ersatzlösungen, angeboten werden?
3. Welche Dörfer im Kanton St.Gallen mit mehr als 500 Einwohnerinnen und Einwohnern haben als postalische Grundversorgung einen Hausservice?
4. Hat sich die Regierung entschieden, ob sie sich von den unternehmerischen Interessen der Post oder von den Interessen der St.Galler Bevölkerung für eine flächendeckende Grundversorgung leiten lässt?
5. Was unternimmt das zuständige Departement konkret, allenfalls in Zusammenarbeit mit den Gemeinden, um die postalische Grundversorgung im ganzen Kanton zu sichern?
6. Wie vernetzt sich die Regierung mit anderen Kantonen mit ähnlichen Siedlungsstrukturen zur Wahrung der gemeinsamen Interessen?»

13. Juni 2017

SP-GRÜ-Fraktion
CVP-GLP-Fraktion

¹ <https://www.google.com/maps/d/viewer?mid=1t9ifcCbck-Vjz8y5BDRsGv9LFfDo&ll=46.997048869828845%2C7.990146169263653&z=8>